

„Die Philosophen haben die Welt nur verschieden interpretiert, es kommt darauf an, sie zu verändern.“

Karl Marx

Informationen, Polemiken
und Meinungen aus Guben

Linker Stadtanzeiger

22. Jahrgang / Nr. 1 / 2011, Januar

Preis: Spendenbeitrag

Kopieren oder Weitergabe an Freunde und Bekannte ist erwünscht.

www.dielinke-lausitz.de/politik/kreiszeitungen/linker_stadtanzeiger/

Tief betroffen hat die SVV-Fraktion den Hausbrand von Familie Quappe aufgenommen. Gleichzeitig sind wir froh, dass körperlich niemand zu Schaden gekommen ist. Die schnelle Nachbarschaftshilfe durch Herrn Purz und seine Mitarbeiter ist ein gutes Zeichen dafür, dass menschliches Miteinander in unserer Stadt funktioniert. Zur Unterstützung der Familie stellte die Fraktion aus ihrem Wilhelm-Pieck-Fonds einen Betrag von 200 Euro zur Verfügung.

Die Bedeutung von CCS für die Lausitz – ein Mythos bröckelt

Von René Schuster, Grüne Liga - Diskussionsbeitrag auf der Lausitzkonferenz des DGB am 6.12.2010

Zunächst eine Vorbemerkung, da sich viele noch an die Volksinitiative „Keine neuen Tagebaue“ erinnern werden. Es ist damals bei vielen Menschen nicht angekommen, dass das dort vorgeschlagene Konzept ein Kompromißvorschlag war. Die Verunsicherung über einen möglichen Rückzug Vattenfalls aus der Lausitz Ende September 2010 hatte für viele erstmals ein Ende der Braunkohlenwirtschaft in der Lausitz denkbar gemacht. Ich hoffe, dass der Vorschlag der Volksinitiative nun vielleicht in anderem Licht gesehen wird, denn Ausstieg könnte auch viel schneller gehen.

Seit dreieinhalb Jahren diskutieren wir über neue Tagebaue und genauso lange sind Arbeitsplätze das Hauptargument dafür. Da ist es doch erschreckend, dass seit dreieinhalb Jahren kein einziges Gutachten zu der Frage vorliegt, wie viele Arbeitsplätze diese neuen Tagebaue eigentlich sichern könnten. Wir bekommen immer nur Zahlen der Gegenwart oder Vergangenheit zu hören. Zum Betriebszeitraum neuer Tagebaue nach 2020 gibt es weder Aussagen von Vattenfall, noch unabhängige Gutachten. Ich sehe die Landesregierung eindeutig in der Pflicht, das nachzuholen und ein solches unabhängiges Gutachten zu beauftragen. Damit würde überhaupt erst einmal eine Grundlage zur sachlichen Diskussion geschaffen. Die anstehende Fortschreibung der Energiestrategie ist dazu der richtige Anlaß.

Herr Knauber von Vattenfall hat heute Vormittag ein Gutachten des Öko-Institutes so gelobt, weil es sich für CCS ausspricht. Ich möchte dieses Gutachten ein wenig näher beleuchten. Es heißt „Modell Deutschland“ und wurde vom WWF beauftragt. Die Ergebnisse müßten aus drei Gründen eigentlich sehr im Sinne der Lau-

land seine Klimaschutzziele bis 2050 erreichen kann. Heraus kam aber folgendes: Die Stromerzeugung aus Braunkohle müßte bis 2020 auf 85,9 TWh, also 56 % der Menge von 2005 sinken, später auf 37% und dürfe auch nicht wieder ansteigen. Vergleichen Sie das bitte mal mit den Tagebauplanungen, die kon-



500 Teilnehmer am 4. Sternmarsch gegen Abbaggerung am 2.1.2011.

sitzer Gewerkschafter sein: Erstens geht es von der Umsetzung des Atomausstieges aus und zweitens von der Anwendung von Braunkohle-CCS. Nämlich „wird unterstellt, dass diese Technologie ab 2025 zunächst in neuen Braunkohlekraftwerken und ab 2035 auch in neuen Steinkohlekraftwerken eingesetzt wird und dass die Speicherung von CO₂ nachhaltig und sicher ist“. Drittens wurde dieses Gutachten in Zusammenarbeit mit Prognos erstellt, also der Firma, die im Streit um Horno immer im Sinne der Tagebaubefürworter gegutachtet hat. Aufgabe der Studie war herauszuarbeiten, wie Deutsch-

land seine Klimaschutzziele bis 2050 erreichen kann. Heraus kam aber folgendes: Die Stromerzeugung aus Braunkohle müßte bis 2020 auf 85,9 TWh, also 56 % der Menge von 2005 sinken, später auf 37% und dürfe auch nicht wieder ansteigen. Vergleichen Sie das bitte mal mit den Tagebauplanungen, die konstante Fördermengen sicherstellen wollen und mit den Arbeitsplatzversprechen, die im Zusammenhang mit CCS gemacht werden. Um den Strukturwandel weg von der Braunkohle kommt die Lausitz also in keinem Fall herum.

Auf der anderen Seite würden auch für diese deutlich schrumpfende Braunkohlewirtschaft die Endlager in Beeskow oder Neutrebbin

nicht ausreichen. Es ist uns gerade in der letzten Sitzung des Braunkohlenausschusses noch einmal von Vattenfall bestätigt worden: Beeskow oder Neutrebbin sind für das Demonstrationskraftwerk gedacht. Wird in Jämschwalde ab 2020 ein kommerzielles CCS-Kraftwerk errichtet, so müssen weitere Endlager gefunden werden, in Regionen, in denen die Menschen das heute noch gar nicht ahnen. Das heißt, hier würde schon wieder die Rechnung ohne den Wirt gemacht...

Wolfgang Neskovic stellt aus linker Sicht klar, worum es in der Lausitz geht



MdB Wolfgang Nešković

Liebe Genossinnen und Genossen,

im Zusammenhang mit der Entscheidung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung ein neues Zentrum für Rohstoffforschung nicht in Cottbus anzusiedeln, haben mich die SPD und Ralf Christoffers in den Medien scharf angegriffen. Sie haben gemeinsam versucht, den Eindruck zu erwecken,

- ich sei politisch für die Nichtberücksichtigung von Cottbus verantwortlich
- hierdurch sei Cottbus, der Lausitz und dem Land Brandenburg ein schwerer Schaden entstanden.

Das ist in mehrfacher Hinsicht grober Unfug.

Ich stelle hierzu Folgendes fest:

1. Die Entscheidung für die Vergabe haben eine internationale Jury und das Bundesministerium für Bildung und Forschung getroffen. Bekanntlich gehöre ich der Bundesregierung nicht an. Ich hatte auch nicht die Ehre, der Jury anzugehören. Bei dieser Sachlage mir bzw. der Landesgruppe der Brandenburger Bundestagsabgeordneten der LINKEN die politische Verantwortung für die Nichtberücksichtigung von Cottbus in die Schuhe schieben zu wollen, beweist, dass es nicht um eine faire Auseinandersetzung poli-

tisch unterschiedlicher Standpunkte geht, sondern um schlichte politische Diffamierung.

2. Die politische Verantwortung für die fehlgeschlagene Bewerbung liegt naturgemäß auch bei denen, die für die Anfertigung der Bewerbungsunterlagen verantwortlich sind. Sie haben versagt, weil sie im Wettbewerb um die bessere Idee auf das „falsche Pferd“ gesetzt haben.

Auch hierfür trage ich keine Verantwortung, da ich bei der Anfertigung des Bewerbungskonzeptes nicht beteiligt gewesen bin. Ich bin auch nicht um eine solche Beteiligung gebeten worden. Ich gehe jedoch davon aus, dass der Wirtschaftsminister Ralf Christoffers im Rahmen seiner politischen Zuständigkeit beteiligt gewesen ist. Seinen politischen Misserfolg nunmehr mir anhängen zu wollen, ist nicht nur unsolidarisch sondern politisch unanständig.

3. Ich habe nicht erklärt, dass ich die Brandenburger Landesgruppe der LINKEN gegen die Bewerbung in Stellung gebracht habe. Demgemäß habe ich mich auch nicht mit einem solchen Verhalten „gebrüstet.“ Die gegenteilige Behauptung des Ortsvorsitzenden der SPD Herrn Schaaf in der Lausitzer Rundschau vom 09.12.2010 ist frei erfunden. Sie ist offenkundig der politischen Trauerarbeit für das verlorene Direktmandat der SPD in Cottbus/Spree-Neiße bei der Bundestagswahl 2009 geschuldet.

4. Es ist nicht von der Hand zu weisen, dass CO₂ ein prinzipielles Problem der Wirtschaft- Hochofen- und Stahlindustrie, Chemieindustrie, Gaswirtschaft und schließlich bis hin zur Biotechnik ist. Deswegen kann es auch prinzipiell keine Einwände gegen eine Forschung auf diesem Gebiet geben. Das heißt aber nicht, dass jeder Forschungsansatz zu billigen ist. So ist die CCS-Technik die falsche Antwort. Sie ist aus unterschiedlichen Gesichtspunkten hochproblematisch und im Kern

– zumindest im politischen Kontext der Lausitz – entgegen allen Beteuerungen darauf ausgerichtet, die klimaschädliche Braunkohleverstromung auch langfristig beizubehalten. Das ist aber klimapolitisch der falsche Weg.

Selbstverständlich respektiere ich auch die gegenteilige Auffassung. Sie kann jedoch nicht darauf rechnen, dass ich sie politisch unterstütze. Der von mir eingenommene Standpunkt entspricht im Übrigen der einhelligen Auffassung der Bundestagsfraktion. Auch die Beschlüsse der Landespartei und des Kreisverbandes Cottbus/Spree-Neiße unterstützen diese Sichtweise.

5. Die Braunkohleverstromung ist mittelfristig tot. Jeder weiß das. Nur die SPD in Brandenburg und der linke Wirtschaftsminister Ralf Christoffers versuchen, den Menschen einzureden, die Braunkohle könne mit der „Wunderwaffe“ CCS-Technik überleben. Wer solche Illusionen nährt, verspielt die Zukunft der Lausitz.

Die Zukunft der Lausitz liegt u.a. in der Weiterentwicklung der Erneuerbaren Energien, dem Ausbau des Tourismus und einer vielfältigen Ansiedlung mittelständischer Betriebe. Deswegen unterstütze und fördere ich ohne Einschränkungen den Wirtschafts-, Forschungs- und Bildungsstandort Cottbus. Hierfür sind jedoch zukunftsorientierte Technologien und Themen erforderlich. Wer die Menschen in unserer Region ernsthaft unterstützen will, muss schon heute anfangen, alternative Konzepte zu entwickeln, um den Menschen in der Lausitz langfristig eine Lebensperspektive bieten zu können. Hierzu müssen alle Kräfte in der Region gebündelt werden. Dafür werde ich mich weiter einsetzen.

Mit solidarischen Grüßen
Euer
Wolfgang Nešković

DIE LINKE. im Rathaus



Keine Pause

...wurde den Stadtverordneten zwischen dem Jahreswechsel gegönnt. Zum wiederholten Mal wurden die Abgeordneten zum 29.12. einbestellt. Grund war, auch zum wiederholten Mal, der Haushalt der Stadt Guben.

Freies Mandat?

Die Stadtverordneten sind nur ihrem Gewissen verpflichtet – so die Theorie in der Kommunalverfassung. In der Praxis sieht der Bürgermeister das ganz anders. Die Stadtverordneten hatten seinen Entwurf des Nachtragshaushaltes

abgelehnt. Diesen Beschluss beanstandete der Bürgermeister. Das Recht, Beschlüsse zu beanstanden hat nur der Bürgermeister, wenn er der Auffassung ist, dass der Beschluss geltendes Recht verletzt. Welches Recht haben die Abgeordneten verletzt? Sie haben nach ihrem Gewissen zum Haushalt abgestimmt. Der Bürgermeister will nun eine Zustimmung erzwingen – doch was hat das mit einer freien Entscheidung zu tun, wenn die Abgeordneten nur noch „ja“ oder „ja „ sagen dürfen.

Grüner Pfad

Was spielt sich eigentlich hinter den Kulissen ab? Nach zähem Ringen, nachdem übrigens schon wieder fast alle Messen gesungen waren, gaben die Stadtverordneten ihr O.K. zur Gestaltung des Grünen Pfades. Tröpfchenweise, über verschiedene Kanäle erreichten uns nun aber Informationen über gravierende Abweichungen von der Beschlusslage der Stadtverordneten. Erste Anfragen haben wir gestellt und werden dranbleiben, damit vor allem keine erheblichen Folgekosten in den nächsten Jahren auf uns zukommen.

Pressemitteilung zu „Brandenburgs Linke wehrt sich gegen eigenen Bundestagsabgeordneten“ (Lausitzer Rundschau vom 31.12.2010)

Die Stadtfraktion der LINKEN teilt die Auffassung des Bundestagsabgeordneten der LINKEN, Wolfgang Nešković, dass das Ende der Braunkohleverstromung in der Lausitz voranzutreiben ist, um den hier lebenden Menschen verlässliche Zukunftsperspektiven außerhalb von Kohleabbau und Umsiedlung aufzuzeigen. Das bisherige Handeln des Wirtschaftsministers Christoffers lässt nicht erkennen, dass er den Inhalt des Koalitionsvertrages umsetzen will, nämlich, dass Braunkohleabbau und – verstromung eine Brückentechnologie sei und damit der Ausstieg endgültig eingeleitet werden muss. Dies ist, zumindest nach unserem Kenntnisstand, erklärtes Ziel der Brandenburger LINKEN. Damit repräsentiert Wolfgang Neškovic keine Minderheitsmeinung der Partei, sondern steht auch weiterhin zu seinem vor der Wahl 2009 gegebenen Versprechen. Das gilt es nicht nur zu respektieren, sondern vor allem zu achten und zu unterstützen.

*Gerhard Lehmann
Stellv. Fraktionsvorsitzender*

Hände weg vom Deutsch-Slawischen-Kulturzentrum

Das neue Jahr hat begonnen und die Hiobsbotschaften überschlagen sich. Landauf, landab wird lamentiert, dass den Kommunen das Wasser bis zum Hals steht und weder Bund noch Land sich in der Lage sehen, den Not leidenden Gemeinden zu helfen. Dort, wo das Leben der Menschen stattfindet, wird verlangt, dass noch mehr gespart wird. Gleichzeitig zahlen sich so genannte Manager Millionen-Boni für ihre „herausragenden“ Leistungen, werden Milliarden-Rettungsschirme zur Rettung von missgewarteten Unternehmen aufgespannt und sprudelnde Gewerbesteuererinnahmen verkündet. Unten, in den Städten kommt offensichtlich nicht viel an. Wie anders ist es zu erklären, dass seit Monaten die „Sparangriffe“ auf den Kultursektor in so vielen Städten laufen. Guben

soll natürlich dabei mittenrang sein, denn zum wiederholten Mal startet der Bürgermeister seinen Versuch, das Deutsch-Slawische-Kulturzentrum in der Uferstraße schließen zu wollen. Meistbietend verkaufen will er das Kleinod in unserer Stadt. Begründet wird das Vorhaben wie immer mit der Finanzsituation. Mal abgesehen davon, dass die nachlassende Besucherzahl darauf zurückzuführen ist, dass es seit Monaten keine Vor-Ort-Besetzung im Haus mehr gibt, ist vor allem festzustellen, dass Veranstaltungen der Stadt in diesem Haus, trotz seiner hervorragenden Bedingungen einfach nicht mehr angeboten werden. Das Haus soll eben leer gespart werden. Doch so einfach kann man es sich nicht machen. Die Villa in der Uferstraße hat eine tief greifende histori-

sche Bedeutung für Guben, die wir nicht ignorieren wollen. Von jüdischen Überlebenden wurde der Stadt Guben das Haus übereignet, damit es für Kultur und Bürgerbegegnung zur Verfügung steht. Das Land Nordrhein-Westfalen gab Anfang der 1990er Jahre eine großzügige Anschubfinanzierung zur Sanierung des Gebäudes. Auch wenn die Zweckbindung für den materiellen Einsatz abgelaufen ist, so bleibt eine moralische Verpflichtung, den Gedanken bei der Übertragung der Immobilie an die Stadt fortzuführen. Ein Zentrum der Begegnung, des gemeinsamen Austauschs, der Kultur für alle Menschen, das muss die Zielrichtung sein.

SVV-Fraktion DIE LINKE

Wird Guben abgeschaltet?

Von Peter Stephan, Abgeordneter der SVV-Fraktion DIE LINKE

Noch haben wir die dunklen Straßen vor Augen. Unterlag diese Maßnahme auch dem demografischem Wandel? Wird doch dieses Argument immer bemüht, wenn neoliberale Politik den Rotstift ansetzt.

Zur Zeit soll Guben eine ganze Liste von Streichungen verkraften. Da werden Schülerzahlen bemüht, um die Diesterwegschule zu schließen. Aber gerade das Elternwahlverhalten hatte gezeigt, dass diese Schule mit ihrem Profil angenommen wird. Zudem würde bei einer Eingliederung der Schüler der Diesterwegschule in die Corona-Schröter-Schule selbige aus allen Nähten platzen. Die Initiative zum Erhalt der Diesterwegschule hat zunächst den Bestand gesichert, wenn auch am anderen Standort.

Der nächste Punkt auf der Streichliste betrifft wieder die Kinder. Im Landesbettenplan wurde beschlossen, dass das Naemi-Wilke-Stift ihre Kinderstation spätestens Ende 2011 schließen soll. Trotz Protesten der Gubener Bevölkerung (über 7000 Unterschriften) bleiben die Oberen bei ihrem Beschluss.

Der zunächst letzte Punkt ist die Schließung der Polizeiwache in Guben. Die Ausreden aus dem Innenministerium klingen wie Hohn für die Gubenerinnen und Gubener. Die Unterschriften gegen die Schließung werden einfach ignoriert. Aber wir leben halt in einer Grenzregion. Da sind Sensibilität und Realitätssinn gefragt. Da kann man nicht das Lineal anlegen und sagen ab 19.000 Einwohner gibt es keine Polizeistation mehr.

Gerade der Fakt Grenzregion ist eher eine Chance für Guben. Und Dissonanzen, die uns das Potsdamer Streichorchester aufzwingen will, werden da nicht gebraucht. Die Menschen wollen, dass sich Guben/Gubin zunehmend als Doppelstadt versteht. In wenigen Bereichen deuten sich schon wertvolle Fortschritte an. Warum nicht in der Bildung, im Sozialen und im Bereich Ordnung und Sicherheit? Und es ist schlechter Sarkasmus, wenn der Innenminister am 25. Januar zum Neujahrsempfang in der alten Färberei kommt und der Gubener Bevölkerung alles Gute im neuen Jahr wünscht. Da sollte man wirklich nur noch das Licht ausschalten.

Wir gratulieren unseren Seniorinnen und Senioren zum Geburtstag im Monat Januar



*Erna Weiss zum 83.
Alfons Wiemer zum 81.
Manfred Dammaschke zum 80
Gerhard Eichner zum 80
Sonja Hagel zum 78.
Adolf Barth zum 74.
Kora Jurrmann zum 73.
Edeltraud Mäser zum 68.
Gerd Kruse zum 68.
Rosemarie Kammer zum 67.
Sigrid Golder zum 66.*

Achtung **Änderung Hartz IV-Rechtsberatung in Guben** Achtung

Liebe Bürgerinnen und Bürger,
im Jahre 2010 ermöglichte die LINKE in Guben Hartz IV-Rechtsberatungen, die Rechtsanwalt Michael Elte in unserer Geschäftsstelle in der Berliner Str. 1 durchführte. Monatlich nahmen 2 bis 3 Betroffene hier die Möglichkeit wahr, sich gegen Bescheide zur Wehr zu setzen.

Leider ist es RA Michael Elte aus Arbeitszeitgründen nicht mehr möglich, im Jahre 2011 die Rechtsberatungen in Guben regelmäßig monatlich fortzuführen.

Wir bitten Sie dennoch, sich mit uns in Verbindung zu setzen. Wir können behilflich sein, sofern

- die Wahrnehmung eines Rechtsberatungstermins in Forst für Sie akzeptabel ist oder
- indem wir bei hohem Bedarf eine außerplanmäßige Beratung in Guben organisieren.

Mit freundlichen Grüßen
DIE LINKE, Ortsverband Guben

Rufen Sie bei uns an - Guben, 2502

Öffnungszeiten Büro Berliner Str. 1 Mo und Mi 14:00 – 16:00 Di und Do 10:00–14:00 (Bürgerbüro Jürgen Maresch, MdL)	Sitzung der Fraktion DIE LINKE In der SVV Guben jeweils Montag ab 19:30 Uhr Rathaus (Turm West) Tel. 03561 6871 3002	Impressum: Zeitung von DIE LINKE, Ortsverband Guben und Infoblatt von DIE LINKE, Fraktion der SVV Guben V.i.S.d.P.: Gabriele Scholz, Berliner Str. 1, 03172 Guben Redaktionsschluss: 16.01.2011 Druck: Eigendruck, Auflage 7150 Stück
--	--	--